

Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit: zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung

Breier, Karl-Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

W. Bertelsmann Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Breier, K.-H. (2011). Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit: zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung. *Erwachsenenbildung : Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis*, 57(3), 112-115. <https://doi.org/10.3278/EBZ1103W112>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>



Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit.

Zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung

von: Breier, Karl-Heinz

DOI: 10.3278/EBZ1103W112

Erscheinungsjahr: 2011

Seiten 112 - 115

Schlagerworte: Bürgerbeteiligung, politische Bildung

Um Bürgerverantwortung zu ermöglichen bedarf es der Freiheit und Raum zu verstehen, wie es die politische Bildung ermöglicht.

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:



Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Zitiervorschlag

Breier, K.: Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit.. Zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung. In: Erwachsenenbildung 03/2011. Bürgernahe Politik, S. 112-115, Bielefeld 2011. DOI: 10.3278/EBZ1103W112

Karl-Heinz Breier

Das Verstehen, eine nicht endende Tätigkeit

Zum Zusammenhang von Bürgerordnung und Bürgerbildung

Um Bürgerverantwortung zu ermöglichen bedarf es der Freiheit und Raum zu verstehen, wie es die politische Bildung ermöglicht.

»Wenn man uns vorwarf, wir verstünden unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft, haben wir wenig getan, diese ungeheuerliche Unwahrheit zu widerlegen, ja sie mitunter auch noch bekräftigt; und man könnte viele Beispiele nennen, in denen wir der grotesken Vorstellung Vorschub leisteten, daß in dem Nachkriegskonflikt zwischen dem Westen und den ›revolutionären‹ Ländern des Ostens nicht mehr auf dem Spiel stünde als Wohlstand, Reichtum, Überfluß. [...] Auf keinen Fall ist auf ein wie immer geartetes Wirtschaftssystem in Sachen der Freiheit Verlaß [...].«

Was Hannah Arendt Anfang der Sechzigerjahre zu bedenken gab, ist aktuell wie nie zuvor. Über Jahrzehnte hinweg hat sich die westliche Welt ihrer wirtschaftlichen Erfolge gebrüstet, und gezählt und gewogen wurde alles, was über Zahlen und Maßeinheiten zu vergleichen ist. Immerhin, es galt, im Systemvergleich gegenüber der kommunistischen Herausforderung zu bestehen, und warum sollte da nicht unsere leistungszentrierte und folglich effizientere Methode des Wirtschaftens ins Feld geführt werden?



Prof. Dr. Karl-Heinz Breier lehrt Didaktik der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Politische Bildung an der Universität Vechta.

Gerade die jüngsten Ereignisse des arabischen Frühlings lehren uns: Ohne funktionierende Wirtschaftsabläufe ist alles nichts. Und spätestens die Fernsehbilder aus den ärmsten Regionen unserer Erde machen uns in aller Schärfe klar: Die Not der Armut ist der größte Feind der Freiheit.

Doch neben der materiellen Armut gibt es einen zweiten Feind der Freiheit. Besonders sehen wir dies überall dort, wo nach der Befreiung von der Diktatur an keine Erfahrung bürgerlicher Selbstregierung angeknüpft werden kann. Die in der Tyrannei als fremd und feindlich erfahrene politische Ordnung hatte nicht nur das öffentliche Leben verwüstet, sondern auch die Psychen vieler Menschen sind in Mitleidenschaft gezogen worden. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unabdingbar, unser westliches Freiheitsverständnis einer radikalen Selbstklärung zu unterziehen. Denn: Freiheit ist eine Lebensweise, und die Lebensweise der Freiheit erschöpft sich keineswegs in den Tätigkeiten eines erfolgreichen Geschäftsmannes. Sowohl die Not der Armut als auch die Not des Reichtums können von einer gelungenen Lebensweise abhalten. Was hingegen eine republikanische Freiheitsordnung anzubieten hat, ist die Möglichkeit, dass Gesellschaftsmitglieder zu Bürgern werden. Hierin liegt die Alternative sowohl zu Herrschaft als auch zu Anarchie.

Im letzten Buch seiner *Discorsi* schreibt Niccolò Machiavelli: »Um einer Republik die Freiheit zu erhalten, bedarf es jeden Tag neuer Maßnahmen.«

Mit Machiavelli können auch wir versuchen, den Blick für das Politische zu öffnen. Das heißt, wir bemühen uns um orientierendes Aufklärungswissen, wir suchen nach Kategorien, die unserer politischen Selbstinterpretation den Weg weisen können. Und unversehens steht unser Selbstverständnis als Bürgerin und Bürger zur Diskussion. Denn *aus* den Bürgern bildet sich eine Republik, *durch* die Bürger bildet sie sich, und *selbst in* den Bürgerinnen und Bürgern bildet sich im besten Falle die Republik. Gehört es da nicht zur unverzichtbaren Aufgabe, gerade auch den Erwachsenen von morgen die Denk- und Wirklichkeitskategorien republikanischer Selbstregierung zur Sprache zu bringen?

Der Erwachsenenbildner Werner Kremp spricht in diesem Zusammenhang von der *inneren* Republik, jener innerpsychischen Verfasstheit, die allein der äußeren Republik das Leben einhaucht. Ohne eine fundierte innere Republik kann keine verlässliche Bürgerordnung bestehen, und die Frage nach der Bürgerverantwortung zielt darauf ab, in unserer Psyche die *innere* Republik zu stärken und zu festigen. Das heißt, in dem Maße, in dem sich in *heranwachsenden* wie auch in *erwachsenen* Menschen die Republik bildet, werden sie zu Bürgern. Der Begriff *Bürgerbildung* hat damit einen zweifachen Klang: Bürger bilden sich nicht nur, sondern als politisch sich Bildende bilden sie sich auch zu Bürgern.

Die große Herausforderung, vor der wir im 21. Jahrhundert stehen, besteht darin, dass wir uns zu Bürgern bilden. Und jede politische Bildung, die die Frage nach der Bürgerverantwortung ernst nimmt, muss sich daran messen lassen.

Eine Republik – Ernst Vollrath nennt sie »die Institution der Institutionen« – ist nur so machtvoll, wie sie intellektuell, emotional und habituell verankert ist, sprich wie sie in den Köpfen, Herzen und Gewohnheiten präsent ist. Während Willkürherrschaften, die sich Herrschaft anmaßen, in ihrem Kern unpolitisch sind, muss eine machtvolle Freiheitsordnung in den Denk- und Handlungsgewohnheiten möglichst vieler Bürger verankert sein. Nur so wird die politische Ordnung mächtig und machtvoll. Und wohlgeachtet, machtvoll zu sein bedeutet nicht, gewalttätig zu sein. Je machtvoller eine politische Ordnung ist, desto weniger muss sie auf Gewaltdrohung und Gewaltanwendung zurückgreifen. Und gerade Regime, die ihre Ohnmacht erfahren, die also an Zustimmung verlieren und keine Unterstützung erfahren, stehen in der Versuchung, die ihnen entzogene Macht durch Gewaltmittel zu ersetzen. Doch fehlende innere Annahme lässt sich nicht erprügeln.

Macht bildet sich, wenn die politischen Institutionen intakt sind, und intakt sind sie in einer freiheitlichen Verfassung, wenn sich die Bürger in den Institutionen zum politischen Handeln gleichsam einladen. Eben hierin liegt das Betriebsgeheimnis jeder föderalen politischen Ordnung. Macht konstituiert sich durch die Teilhabe möglichst vieler, und zwar mit der wundersamen Folge, dass das politische Handeln einzelner Amtsinhaber eingeeht, begrenzt, ja genau genommen *entsouveränisiert* wird. Sich als Einzelner etwa zum Souverän zu erheben ist höchst unpolitisch. Denn der Souverän einer Republik ist ein Plural; es ist die Pluralität der Bürgerinnen und Bürger, die all den unterschiedlichen Amtsinhabern Macht überhaupt erst anvertrauen. Und die Anvertraung der Macht geschieht nicht willkürlich,

sondern geordnet, nämlich nach den Grundsätzen und Regeln der gemeinsamen Verfassung.

Das heißt, mit den Worten von Aristoteles gesprochen: Die Verfassung ist das heilige Buch einer wohlgeordneten Polis. Und Bürger kann nur sein, wer nicht in einer Tyrannis lebt. Denn unter angemessener Herrschaft zu leben und Bürger zu sein schließt sich kategorisch aus. Ja, die gemeinsame Verfassung, der Bürgerbund, ist geradezu *das* freiheitssichernde Bollwerk gegen jede Form von Herrschaftsanmaßung.

Verantwortung der Repräsentanten

Was bedeutet dies für die Amtsinhaber und Repräsentanten einer Republik? Sie sind es ja, die im hellen Licht der Öffentlichkeit handeln, und von ihnen können die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Recht erwarten, dass sie sich der anvertrauten Macht als würdig erweisen. Allen, denen öffentliche Ämter anvertraut sind – und das reicht in der Tat vom Klassensprecher bis hin zum Bundespräsidenten –, sollte bewusst sein, dass sie in ihrem öffentlichen Sprechen und Handeln das politische Selbstverständnis der eigenen Ordnung zum Ausdruck bringen. Das heißt, Repräsentanten sind den Repräsentierten gegenüber nicht nur rechenschaftspflichtig für ihr öffentliches Handeln. Sie tragen auch dahingehend Verantwortung, dass sie in ihrer jeweiligen Amtsführung immer auch die Standards der gemeinsamen politischen Ordnung repräsentieren. Denn wie keine andere Ordnungsform lebt eine Republik von ihrer öffentlichen Sichtbarkeit. Da wäre es fatal, wenn gerade höchste Amtsinhaber, statt die Gesetze einzuhalten, den Gesetzesbruch repräsentieren würden. Wie sollten dann sogenannte »einfache« Bürger die Würde und Unantastbarkeit ihrer Freiheitsordnung erfahren können? Und wie sollte in einem solchen geistigen Klima, in dem der *Geist der Gesetze* mit Füßen getreten wird, freiheitsverbürgender Bürgerstolz wachsen können?

Nur eine intakte Bürgerordnung, die die Bürger als *ihre* wahrnehmen, kann in Krisenzeiten bestehen. Jede bloß aufgesetzte Ordnung, der es an innerer Annahme ermangelt, tut sich dagegen schwer. Sie dürfte in Krisenzeiten wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Bürger zu sein ist demnach etwas höchst Anspruchsvolles. Denn Bürger erheben den Anspruch, unter einer freiheitssichernden Verfassung zu leben. Politisch gebildete Bürger wissen, dass eine politische Ordnung die Aufgabe hat, den unter der Ordnung Lebenden ein würdiges, ein eben menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Neben ihrer Existenz als Privatmann und als Geschäftsfrau können sich Bürger eine weitere, bereichernde Dimension gelungener menschlicher Existenz eröffnen, die sie – ohne Bürger zu sein – gar nicht leben könnten.

Mensch zu sein ist etwas Natürliches, etwas mit der Geburt Gegebenes. Bürger zu sein dagegen ist alles andere als natürlich, es ist etwas höchst Künstliches, Geschaffenes, Hervorgebrachtes, ja Ziviles, etwas, in das wir uns erst einleben müssen. »In der republikanischen Regierungsform ist man auf die ganze Stärke der Erziehung angewiesen«, schreibt Montesquieu in seinem Hauptwerk *De l'Esprit des Lois* sehr pointiert:

»Nun geht es aber mit der Regierung genauso wie mit allen anderen Dingen der Welt: Man muss sie lieben, um sie zu erhalten. Nie hat man sagen hören, dass die Könige die Monarchie nicht liebten oder dass die Despoten den Despotismus hassten. So kommt also alles darauf an, in der Republik diese Liebe zu begründen; sie in die Herzen zu pflanzen, muss das Ziel der Erziehung sein.«

Zur Bürgerverantwortung gehört es, dass wir die gemeinsame Angelegenheit als die unsere erkennen und wahrnehmen. Die *res publica* stellt jene durch und durch öffentliche Angelegenheit dar, die auch die stetige Selbsterziehung der Bürger zu ihrer Verfassung mit umfasst. In dem Maße, in dem es den Bürgern untereinander

gelingt, in ihren täglichen Gewohnheiten wie auch in ihrem institutionellen Handeln eine republikfreundliche Mentalität – und dies ist mehr als eine auf bloße Gesinnung abzielende Werteerziehung – auszubilden und zu pflegen, wird die Republik als weltlich bedeutsame Realität fest verankert sein. Ganz besonders jedoch ist die *res publica* den in voller Sichtbarkeit handelnden Repräsentanten anvertraut.

Es liegt auf der Hand, dass im politischen Selbsterziehungsprozess den führenden Repräsentanten eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Amtsinhaber in einer Republik, denen mit ihrem jeweiligen Amt von ihren Mitbürgern Amtskompetenzen sowie damit verbundene Rechte und Pflichten übertragen worden sind, sind ihren Mitbürgern für die Art und Weise ihrer Amtsführung verantwortlich. Von ihnen muss erwartet werden können, dass sie die Standards der gemeinsamen Ordnung im wahrsten Sinne des Wortes *verkörpern*. So hängt es entscheidend von den Qualitäten der Amtsinhaber ab, ob sie das Vertrauen in die gemeinsamen Institutionen stärken oder ob sie zu Misstrauen gegenüber »denen da oben« Anlass geben. Versuchen die Repräsentanten über sachbezogene und aufrichtige Debatten ihren Mitbürgern die politischen Kontroversen vor Augen zu führen oder aber versuchen sie durch unernstes Gerede, durch Bemäntelung oder gar Täuschung das Publikum hinter das Licht zu führen? Laden sie in aufklärender Rede und Gegenrede zum Nachvollzug der politischen Alternativen ein oder ergehen sie sich in Allgemeinplätzen und reden in ihrer Sorge um Machterwerb und Machterhalt gar die drängendsten Probleme herunter?

Karl Jaspers spricht in diesem Zusammenhang von »zwei Grundgesinnungen in der Politik«. Die eine Grundgesinnung erzeugt jene »Politik aus Verachtung«, die wie auf einem Thron sitzend sich »vermeintlich zum Herrschen berufen« sieht, während allein die andere Grundgesinnung, der zufolge Bürger ihre Mitbürger in



Wutbürger | Stadtquartier

Foto: Frank und Steff

allem Ernst in die Politik und die in ihr ausgetragene Auseinandersetzung einzubeziehen suchen, der Festigung der Bürgerfreiheit dient. Auf diesen Sachverhalt, auf die gleichsam erzieherische Dimension politischen Handelns, hat bereits Aristoteles im fünften Buch seiner *Politik* hingewiesen. Ihm zufolge ist jede gute Politik bereits politische Bildung, denn eine gute Politik stärkt das Bürgersein und unterstützt die Selbsterziehung der Bürger untereinander.

Auch für Montesquieu steht der *Esprit des Lois*, eben der Geist der Gesetze, im Vordergrund seiner Betrachtung. Da ist es nicht möglich, in politischen Dingen einfach nur ein paar Kippschalter umzulegen. Die über Jahre und Jahrzehnte eingeübten Sitten und Gewohnheiten lassen dies nicht zu. Kein technizistisches Machbarkeitsideal hilft da weiter. Montesquieu schildert die Prägekraft der *mœurs*, und er betont das ihnen eigene Beharrungs- und Verfestigungsvermögen. Eine sich souverän wöhnende Kippschaltermentalität, die in Ingeni-

eurmanier eine neue Gesellschaft am Reißbrett entwirft, ist höchst naiver Aberglaube.

Ganze Gesellschaften, und nicht nur die jeweils heranwachsenden, stehen offensichtlich vor der Aufgabe, sich selbst in ihre freiheitliche Ordnung einzubürgern. Und mit einem Crashkurs in Werteerziehung ist da offensichtlich nicht viel zu erreichen. Denn was kann realistischweise ein 48-Stunden-Wochenendseminar in der politischen Bildung ausrichten, wenn es darum geht, Gewohnheiten zu verändern, die sich in 48 Jahren gebildet und verfestigt haben?

Politische Bildung hat es immer mit dem gewachsenen Selbstverständnis einer ganzen Gesellschaft zu tun. Und politische Bildung muss sich daher vergegenwärtigen, dass wir schon immer in einer bereits *interpretierten* Wirklichkeit leben und dass auch die Erwachsenen von morgen keine *Tabula rasa* vorfinden!

Die Wirklichkeit, die wir vorfinden und in der wir leben, ist immer schon eine vorstrukturierte Wirklichkeit, ja

sie präsentiert sich uns als eine Wirklichkeit, die kategorial immer schon erschlossen ist. Mit anderen Worten: Den Kategorien, in denen und mit denen wir unsere Realität deuten, kommt höchste Bedeutung zu.

Ein Beispiel: Es macht einen Unterschied, ob wir sagen »Der Staat und seine Bürger« oder ob wir sagen »Die Bürger und ihre politische Ordnung«. Im ersten Fall – *Der Staat und seine Bürger* – kommt dem Staat – wer ist das eigentlich? – eine eigentümliche Weihe zu. Er wird zu einer Substanz an sich verklärt, und die Bürger werden ihm besitzanzeigend (»seine«) zugeordnet. Kategorial treten die Bürger lediglich als Objekte in Erscheinung, als Behandelte, mit denen etwas passiert und die etwas zu erleiden haben. Der Handelnde ist *der Staat*, manchmal sagen wir auch *Vater Staat*, und die Betroffenen sind »seine« Bürger, denen in dieser kategorialen Gegenüberstellung gar keine eigene politische Existenz zugesprochen wird.

Demgegenüber liegt die Betonung bei »*Die Bürger und ihre politische Ordnung*« eindeutig bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich gemeinsam ihrer politischen Ordnung anvertrauen, ihrer politischen Ordnung, die eben ihre Ordnung ist und in der sie womöglich ein zu pflegendes und schätzenswertes Gut sehen, das sie alle verbindet. Zugleich macht der Plural »Die Bürger« deutlich, dass nicht ein irgendwo verortbares Monopol agiert, sondern dass politisches Handeln einer Vielzahl von Handelnden, sprich der Pluralität bedarf.

Es wird klar: Die Kategorien, mit denen wir uns unsere Wirklichkeit erschließen, sind von größter Bedeutung, und es gehört zur Aufgabe jeder verantwortlichen politischen Bildung, sich ihrer eigenen kategorialen Erschließung von Welt bewusst zu werden. Es geht um unsere Selbstinterpretation und um unsere öffentliche Selbstausslegung, eben darum, wie wir uns selbst wahrnehmen.

Die Kinder von heute sind die Erwachsenen von morgen. Als Kinder sind wir alle zunächst einmal Neuankömmlinge in unserer bereits bestehenden

Welt. Jeder Neuankömmling findet erst einmal die Welt vor, in die er hineingeboren wird, und erst allmählich – in einem langen Prozess der Erziehung – wird er frei. Zur Freiheit nun, sich handelnd in der Welt bewegen zu können, gehört ein Mindestmaß an Einsicht. Nur wer etwas versteht von der Welt, ist in der Welt zu Hause, und Hannah Arendt hat einmal gesagt, dass wir Zeitgenossen nur in dem Maße sein können, wie wir etwas von der Welt verstehen.

Heimisch in der Welt

Zur Bürgerverantwortung gehört daher, sich um das Verständnis des eigenen wie auch des gemeinsamen Lebens zu bemühen. Denn Menschen, die von der Art ihres In-der-Welt-Seins ein entwickeltes Verständnis haben und die sich darüber der Welt, in der sie leben, zugehörig fühlen, fühlen sich eher heimisch in der Welt. Und wer sich heimisch in der Welt fühlt und sich stark mit ihr verbunden sieht, dürfte sich sicherlich mehr um die Qualität und den Zustand seiner zur Heimat gewordenen Welt kümmern als Menschen, denen dieser Zugang zur gemeinsamen Welt fehlt. Als Bürger, die ganz bewusst darauf achten, in welcher Verfassung sich ihre Welt befindet, können weltverhaftete Menschen viel entschiedener jedem Anflug von Ideologie begegnen als Menschen, die weltverloren vor sich hin existieren. Von ihnen ist zu erwarten, dass sie sich unter Umständen sehr schnell einer heilsversprechenden Ideologie an den Hals werfen.

In aller Deutlichkeit können wir sehen, wie das Verstehen Schritt für Schritt auf das Handeln vorbereitet, und allein wer versteht, ist in der Lage, sich in der Welt zu orientieren. Eine politische Bildung, die sich an freiheitlichen Kategorien orientiert und die von dorthin den notwendigen Verstehensprozess begleitet, ist sicherlich in der Lage, den Prozess der Einbürgerung anzubahnen. Politische Bildung ist so gesehen eine eminent praktische Disziplin. Von ihr sollte erwartet werden, dass sie in der

Lage ist, den inneren Kompass beizusteuern, einen kategorialen Kompass, der die mentale Einbürgerung abstützt und der zur Verantwortung gegenüber der gemeinsamen Bürgerordnung erzieht.

Dieser Kompass ist jedoch kein objektiver. Er ist nicht in einem gleichsam göttlichen, archimedischen Punkt verankert, dessen Absolutheit das absolute Maß verbürgt. Er ist nicht außerhalb seines eigenen Verstehensraumes angesiedelt, sondern er befindet sich – und das gehört zur Besonderheit des Politischen und zur Herausforderung aller politischen Bildung – innerhalb der Welt, die er auszuloten sucht.

Wer politisch urteilen will, ist daher auf einen politischen Raum angewiesen; er bedarf eines intakten Zwischenraums zwischen anderen ebenfalls urteilenden Menschen. Das heißt, um eine erstrebenswerte humane Existenz zu leben, ist eine Freiheitsordnung unabdingbar. Nur wo sie existiert, können Bürger sich als Bürger begegnen und sich im Verstehen und Urteilen einüben. Überall jedoch, wo die gemeinsamen Bürgerinstitutionen zu verwahrlosen beginnen und wo der Raum der Freiheit schwindet, drohen auch das Urteilen und das Verstehen als originär menschliche und politische Vermögen verloren zu gehen.

»Das Verstehen nämlich ist – im Unterschied zur fehlerfreien Information und dem wissenschaftlichen Wissen – ein komplizierter Prozess, der niemals zu eindeutigen Ergebnissen führt. Es ist eine nicht endende Tätigkeit, durch die wir Wirklichkeit, in ständigem Abwandeln und Verändern, begreifen und uns mit ihr versöhnen, das heißt, durch die wir versuchen, in der Welt zu Hause zu sein.«

Das Verstehen ist ein unabschließbarer Prozess, der ebenso wie das Erwachsenwerden auf kein definitives Ende zuläuft. Wer von Bürgerverantwortung spricht, muss sich stets darüber im Klaren sein, dass das »Sichbilden« an kein definitives Ende gelangt. Auch von daher ist Machiavelli zuzustimmen: »Um einer Republik die Freiheit zu erhalten, bedarf es jeden Tag neuer Maßnahmen.«